

GERHARD JAHN
Parlamentarischer Staatssekretär
des Bundesministers des Auswärtigen

Deutsche Ostpolitik
nach dem 21. August 1968

A 00 - 03109



Sonderdruck aus dem BULLETIN
des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung
Nummer 147/1968

Der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesministers des Auswärtigen, Gerhard Jahn, hielt am 17. November 1968 in Berlin auf der jährlichen Tagung des politischen Führungskreises des Landesverbandes Berlin der Landsmannschaft Berlin/Mark Brandenburg den hier wiedergegebenen Vortrag:

Mehr als 23 Jahre nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges herrscht in Europa noch kein dauerhaft begründeter und gerechter Friede. Mitten durch Europa, mitten durch Deutschland, mitten durch die deutsche Hauptstadt geht die elementare Spaltung dieser Welt, die wir — sehr vereinfacht — den Ost-West-Gegensatz zu nennen uns angewöhnt haben. Abschreckung und Furcht sind die unzureichenden, ja gefährlichen Grundlagen des Waffenstillstandes in Europa.

Die bloße Abwesenheit von Krieg ist noch kein Frieden. Darüber darf die äußere Ruhe in Europa nicht hinwegtäuschen. Der Status quo, gestützt von der waffenstarrenden Konfrontation der Großmächte, hält Angst und Mißtrauen aufrecht. Er bewahrt, ja verfestigt Spannungen und Gegensätze.

I.

Das Europa von heute ist das Ergebnis der Fehler und Versäumnisse der Außenpolitik von gestern. Es trägt die Bürde der Erbschaft einer verantwortungslosen deutschen Politik, die 1933 begann, seit 1938 Deutschland und Europa in die bisher größte Katastrophe ihrer Geschichte stürzte und im Zusammenbruch des Deutschen Reiches im Jahre 1945 ihr unvermeidliches Ende fand. Aber nicht nur das Deutsche Reich war zusammengebrochen; mit seinem Ende vereinte sich das der alten nationalstaatlichen Ordnung der Vorkriegszeit. Neue Kräfte schufen neue Ordnungen, gegensätzlicher Ideologien und gegensätzlicher Interessen. Die Positionen der Großmächte wurden auch die der Staaten ihres Macht- und Einflußbereiches. Statt einer neuen europäischen Ordnung entstanden Spannungen, aus denen bald die Spaltung wuchs. Diesen Zustand können wir entweder hinnehmen oder zu überwinden trachten. Diese Bundesregierung hat sich dafür entschieden, an seiner Überwindung zu arbeiten, um in Europa eine Zone friedlicher, nachbarschaftlicher, spannungsfreier Zusammenarbeit möglich zu machen. Die Bundesregierung ist sich bewußt, daß es bei

allen Bemühungen um Ausgleich und Entspannung in Europa entscheidend auf den deutschen Beitrag ankommt. Deutschland trägt eine geschichtliche Last. Die Spaltung unserer Nation, die noch immer einer Lösung harrenden Probleme aus der Kriegs- und Nachkriegszeit machen eine Verständigung und Aussöhnung mit den Völkern Osteuropas zu einer Aufgabe, der wir uns nicht entziehen dürfen. Deutschland ist der eigentliche Faktor der Unterbilanz des Vertrauens in Europa. Zwischen Polen und Italien, zwischen Belgien und Ungarn gibt es keine Probleme, die einer engeren Zusammenarbeit entgegenstehen.

Die Zukunft Europas hängt entscheidend davon ab, wie weit es der Bundesrepublik gelingt, Mißtrauen und Furcht abzubauen und zu einem von Spannungen freien, geregelten Nebeneinander mit ihren Nachbarn im Osten zu kommen. Von uns müssen die größten Anstrengungen um die Befriedung unseres Kontinents ausgehen. Wir haben aus unserer Geschichte gelernt. Wir wissen, daß von deutschem Boden nie wieder eine Gefährdung des Friedens ausgehen darf.

Die Bundesregierung hat deshalb in ihrer Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 „den Willen zum Frieden und zur Verständigung der Völker“ als das erste Wort und Grundanliegen der deutschen Außenpolitik angeführt. Diesem Ziel sind alle anderen Fragen unter- und zugeordnet. Friedenspolitik ist unteilbar. Sie hat sich auf allen Ebenen politischen Handelns zu bewähren: innerhalb Deutschlands, in Westeuropa, in den Beziehungen zwischen West und Ost und im Ringen um den Frieden in der Welt. Von dem Grundsatz der Friedenssicherung und der Förderung der Zusammenarbeit mit allen Staaten darf gegenüber niemanden und in keinem Bereich der Außenpolitik eine Ausnahme gemacht werden.

Diese Friedenspolitik ist ein Gebot der Verantwortung und der Vernunft. Gelegentlich scheint es heute noch an dem Verständnis zu fehlen für die Verpflichtung, die uns auferlegt ist, für die Leistung die von uns erwartet wird. Und oft scheint der oder jener vor den Folgen zurückzuschrecken, die das klare Bekenntnis zum Frieden für unsere praktische Politik hat und haben muß.

Deutsche Außenpolitik war 20 Jahre lang fast ausschließlich Westpolitik. Allzu lange wurde das Denken vieler Verantwortlicher in der deutschen Politik von der Vorstellung beherrscht, Europa ende im Osten an der Elbe. Aber Prag und Warschau gehören zu Mitteleuropa wie Wien und Berlin. Budapest, Sofia und Bukarest sind Teil des europäischen Südostens. Die Sowjetunion, die zwar auch eine asiatische Macht und eine Macht in Asien ist, fühlt sich geographisch, historisch und kulturell Europa zugehörig. Dies müssen wir uns immer wieder bewußt machen. Der europäische Kontinent muß — trotz der unglückseligen Zerreißung, trotz der unterschiedlichen sozialen und politischen Entwicklung in der Nachkriegszeit, trotz der unversöhnlich scheinenden Gegensätze, als Zusammengehörendes, als Einheit verstanden und behandelt werden. Daher ist es notwendig, auch das Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn einzubeziehen in eine europäische Konzeption der Außenpolitik. Die deutsche „Ostpolitik“ ist Europapolitik.

Diese Ostpolitik und unsere Politik in Westeuropa und in der Atlantischen Allianz sind keine Gegensätze, keine beliebigen auswechselbaren Alternativen. Sie ergänzen und bedingen einander. „Westpolitik“ und „Ostpolitik“ sind die zwei Seiten einer auf Verständigung und Zusammenarbeit, auf die Festigung der Sicherheit und auf die Sicherung des Friedens in ganz Europa gerichteten Politik. Der Aussöhnung und Normalisierung unseres Verhältnisses zu den westeuropäischen Staaten muß die Versöhnung im Osten folgen. Wer heute — als Reaktion auf die Ereignisse in der CSSR — von einem Scheitern der Ostpolitik spricht, und dazu rät, statt dessen „wieder“ Westpolitik zu treiben, der verkennt, daß sich Politik nicht in den Formen des Pendelschlages vollzieht. Er hat aber auch die Grundlagen der deutschen Außenpolitik gründlich mißverstanden. Wir haben Nachbarn nicht nur im Westen. Unsere Nachbarn im Osten bestimmen unsere politische Wirklichkeit gleichermaßen. Der Versuch, uns von ihnen abzuwenden, müßte so tun, als gäbe es in diesem Bereich eine Art luftleeren Raum.

Eine auf Illusionen gegründete Politik sollte niemand von dieser Bundesregierung erwarten. Die sichere Verankerung in der Solidarität unserer westlichen Freunde und Verbündeten, der Schutz der Atlantischen Allianz, die wirtschaftliche Leistungskraft des Gemeinsamen Marktes sind die entscheidende Voraussetzung einer Politik, die ein einziges Gesamteuropa und den weltpolitischen Kräftegegensatz in Europa überwinden will.

Die Einigung Westeuropas, auf der Grundlage der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit allen unseren westlichen Nachbarn bleibt das Ziel der Bundesregierung. Wir wissen, daß ein einiges Europa nicht gebildet werden kann ohne Beteiligung Frankreichs. Der deutsch-französische Freundschaftsvertrag ist zudem ein Grundstein der Aussöhnung und des Zusammenwirkens in ganz Europa. Wir haben unserer klaren Überzeugung Ausdruck gegeben, daß zu diesem Europa auch Großbritannien und die skandinavischen Länder gehören müssen. Dieses Europa will keinen neuen Block in der Welt bilden. Es empfindet sich weder als Selbstzweck noch als Endziel einer Entwicklung. Es muß Ausgangspunkt sein für eine europäische Friedensordnung. Es soll dazu beitragen, die Gegensätze der Blöcke aufzulösen. Es muß stark und einig sein, um ausgleichen zu können.

Die Gemeinschaft der freien Völker Westeuropas ist bereits eine Ordnung des Friedens. In Westeuropa sind heute schon gewaltsame Auseinandersetzungen unmöglich geworden. Durch die enge Verflechtung in bilateralen und multilateralen Beziehungen, durch gegenseitiges Kennen, Respektieren und Verstehen, durch die Einsicht in die Notwendigkeit der Zusammenarbeit ist in Europa bereits — trotz aller Unstimmigkeiten und Schwierigkeiten — eine starke Macht des Friedens herangewachsen. Dieses Potential muß für die gesamteuropäische Verständigung nutzbar gemacht werden. Auch deshalb bemühen wir uns so entschieden um eine einheitliche Politik des Westens.

II.

Die feste Einordnung der Bundesrepublik Deutschland gibt unserer Außenpolitik einen wichtigen Rückhalt für ihre er-

klärte Friedenspolitik. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß unsere zielstrebige und illusionslose Friedenspolitik von allen im Bundestag vertretenen Parteien voll unterstützt wird. Diese Politik hat bei unseren Freunden Förderung und Ermunterung erfahren. Sie hat Verständnis und Zustimmung bei den Völkern der Dritten Welt gefunden. Auch bei vielen Menschen in Ost- und Südosteuropa werden wir verstanden, mehr als sie auszusprechen oder gar politisch geltend zu machen in der Lage sind.

Diese Politik hat durch den sowjetischen Gewaltakt in der CSSR einen empfindlichen Rückschlag erlitten. Aber sie ist dadurch nicht widerlegt worden. Wer das Mühen um Frieden ernst meint, wird es auch dann fortsetzen, wenn die unmittelbar erkennbaren Erfolge auf sich warten lassen. Gewiß, die Schwierigkeiten sind noch stärker sichtbar geworden. Die Bundesrepublik ist mehr denn zuvor Anfeindungen, Verleumdungen und Drohungen ausgesetzt. Das ist jedoch kein Grund zur Umkehr, zur Resignation oder gar zum Rückgriff auf überholte Positionen.

Eine Politik des Ausgleichs, das stetige, zähe Ringen um ein besseres Verständnis und um geregelte Beziehungen zwischen Ost und West ist damit nicht falsch geworden. Sie ist vielmehr notwendiger und wichtiger denn je. Diese Politik liegt in unserem Interesse. Das feste Beharren auf dieser Politik ist weder Nachgeben noch Entgegenkommen, weder schwächliche Reaktion noch eine freundliche Geste. Sie ist ein Erfordernis unserer Sicherheit und unseres Willens zur Minderung der Spannungen in Europa.

Friedenspolitik ist keine tagespolitische Laune. Sie ist eine Aufgabe gerade dann, wenn die Kräfte der Beharrung, die Widerstände und Anfeindungen die Oberhand zu gewinnen drohen. Es war zu erwarten, daß die Entspannungspolitik die konservativen Kräfte im kommunistischen Lager mobilisieren würde. Unsere Politik bleibt nur dann glaubwürdig, wenn sie trotz sich neu auftürmender Schwierigkeiten beharrlich, geduldig, zielstrebig und überzeugend den als richtig erkannten Weg weitergeht. Wir dürfen nicht davon ablassen, deutlich zu machen, daß unsere Politik keinen anderen Zweck ver-

folgt als den, in Europa ein Klima des Vertrauens und der Gemeinsamkeit zu schaffen, das Gefühl gegenseitiger Bedrohung aus den europäischen Beziehungen zu tilgen und an die Stelle des Gleichgewichts des Schreckens den friedlichen Wettbewerb und eine auf vernünftigen Interessenausgleich beruhende, für alle nützliche Zusammenarbeit zu setzen.

Es ist unser Ziel, daß aus Europa eine Zone der Entspannung wird, eine „europäische Zone friedlicher Nachbarschaft“. Wir wollen allmählich Wege finden, konstruktiv zu leben und, wenn es möglich ist, auch miteinander zu wirken. Wir wollen die trennenden Grenzen überwinden, die Beziehungen mit allen Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas normalisieren, einen Modus vivendi in den innerdeutschen Beziehungen finden und den Austausch auf wirtschaftlichem, kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet erleichtern. Der Weg zu diesem Ziel wird lang und mühsam sein. Aber deshalb ist dieses Ziel keine Illusion. Wir wissen, daß wir uns im Einklang befinden mit dem Wunsch aller Nationen, endlich in gesichertem Frieden zusammenzuleben. Diese Friedenssehnsucht der Völker wird sich auf lange Sicht als stärkere Realität erweisen als hegemoniales Blockdenken und unfruchtbare Konfrontation.

III.

Um ihren Einmarsch in die CSSR zu rechtfertigen, als Begründung für die Unterdrückung aller tschechoslowakischen Bestrebungen nach mehr eigener Verantwortung, mehr Freiheit und nach notwendigen inneren Reformen hat die Sowjetunion eine heftige Hetzkampagne gegen die Bundesrepublik gestartet. Sie will uns für die Entwicklung in der CSSR verantwortlich machen. Unsere Bemühungen um ein besseres Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn werden zu diesem Zweck als feindselige, auf das Zerschlagen der Einheit des kommunistischen Lagers gerichtete Akte der Aggression verleumdet. Die Sowjetunion weiß so gut wie die ganze übrige Welt, daß ihre Angriffe in den Tatsachen keine Grundlagen finden.

Aber die Besorgnisse um den Zusammenhalt des eigenen Machtbereichs erfordern das Schreckbild einer aggressiven

und revanchistischen Bundesrepublik. Es fällt der Sowjetunion schwer, uns eine Friedenspolitik zu bescheinigen. Sie will uns lieber in einem permanenten Anklagezustand halten. Ihre Beschuldigungen und propagandistischen Anstrengungen stoßen jedoch ins Leere. Es ist ihr nicht gelungen, uns zu isolieren und damit die Einheit des Westens zu spalten; auch in der Dritten Welt findet die sowjetische Polemik keinen fruchtbaren Boden. Unsere ernsthaft und mit Ausdauer betriebene Friedenspolitik erweist die Verleumdungskampagnen als untauglichen Versuch der Selbstrechtfertigung und als Mittel hegemonialer Machtpolitik.

Die neugefaßte, in ihrem Kern allerdings nicht neue, doch jetzt zur Rechtfertigung ihres gewaltsamen Vorgehens gegen die CSSR stark betonte Theorie vom „sozialistischen Commonwealth“ ist ein ernster und besorgniserregender Vorgang. Sie unterwirft die kommunistischen Staaten der alleinigen Zuständigkeit — besser gesagt: polizeilichen Oberaufsicht der Sowjetunion und entzieht damit die Vorgänge in ihrem Herrschaftsbereich dem allgemeinen Völkerrecht. Sie beraubt ihre Verbündeten der Souveränität und spricht ihnen das Recht auf Selbstbestimmung ab. Das ist eine Art von erklärter Blockpolitik, die zu einer noch verstärkten Abkapselung und Absperrung des „sozialistischen Lagers“ von der übrigen Welt führt. Diese Politik ist friedensfeindlich, weil sie den Ausgleich mit den Völkern in jenem Bereich erschwert und jede Form von bilateraler Begegnung oder gar Zusammenarbeit verhindern kann. So werden Spannungen nicht nur aufrechterhalten, sondern auch noch gefördert. So wird auch ein Teil der Nationen Europas daran gehindert, aus seiner Verantwortung einen jeweils eigenen Beitrag zur Verständigung und Aussöhnung zu leisten.

Mit der Proklamierung einer in der Bindung an Moskau abgestuften „sozialistischen Gemeinschaft“ begründet die Sowjetunion außerdem ein Interventionsrecht und einen Herrschaftsanspruch gegenüber einer willkürlichen Zahl von weiteren Staaten, nämlich allen, die außerhalb ihres unmittelbaren Machtbereichs liegen und sich sozialistisch nennen. Hier erwächst eine Gefahr für den Weltfrieden, die wir sorgfältig

beachten müssen. Der Ministerrat der NATO hat sich in seiner bis gestern andauernden Sitzung eingehend mit diesen Fragen befaßt und seine Entschlossenheit bekräftigt, völkerrechtswidrige Einmischungen in die Angelegenheiten anderer Staaten auf keinen Fall zuzulassen.

Für uns ergibt sich: Blockpolitik dient nicht dem Frieden. Sie verstärkt die Möglichkeit, Androhung und Anwendung von Gewalt, Druck und Erpressung zur Durchsetzung eigener Ziele anzuwenden. Sie will Vorherrschaft statt Zusammenarbeit. Diese Politik steht im Gegensatz zu unserer Friedenspolitik. D.h. für uns aber, wir dürfen nicht in eine gleichartige Politik verfallen und glauben, durch Blockbildung auf unserer Seite die angemessene Antwort zu finden. Damit würden wir nur einen ebenso falschen Weg einschlagen und verantwortlich werden für eine noch größere Verhärtung und Verschärfung der Gegensätze.

Unsere Antwort kann nur sein: Wir müssen uns in unserem Bündnissystem sorgfältig um ausreichende und angemessene Wahrung unserer Sicherheit kümmern — und damit der einen Seite unserer auf Bewahrung des Friedens gerichteten Politik entsprechen. Auf der anderen Seite aber dürfen wir uns nicht entmutigen oder beirren lassen und müssen unsere Bemühungen um Ausgleich und Entspannung in dieser Welt dagesetzen.

Die deutsch-sowjetischen Beziehungen sind gegenwärtig völlig unbefriedigend. Trotzdem bleibt es bei unserer Bereitschaft zu Kontakten und zum Gespräch. Gegensätzliche Auffassungen können nur durch Fortführung der Gespräche, nicht durch ihren Abbruch überwunden werden. Die Sowjetunion trägt hohe Verantwortung für das Schicksal Europas und damit auch Deutschlands. Wir wissen, daß es keine Lösung der deutschen Frage ohne sowjetische Zustimmung und Mitwirkung gibt. Es wäre ein unverzeihlicher, ja sträflicher Mangel an Sinn für Proportionen und Machtverhältnis, wenn jemand glaubte, ohne oder gar gegen die Sowjetunion eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Ost und West erreichen zu können. Unsere Politik ist gegen niemanden gerichtet. Sie

will niemanden ausklammern oder umgehen; das gilt für die Sowjetunion wie für die DDR.

Die Beziehungen zu den Ländern Osteuropas sollen unser Verhältnis zur Sowjetunion ergänzen, nicht ihm zuwiderlaufen. Wir haben deshalb zu keinem Zeitpunkt versucht, Ostpolitik hinter dem Rücken der Sowjetunion zu treiben. Im Gegenteil: sie war über alle unsere Schritte gegenüber ihren Verbündeten unterrichtet und hat dagegen anfänglich nicht einmal Einwände erhoben. Die Sowjetunion hatte und hat weiterhin Vorrang in unseren ostpolitischen Überlegungen. Wir sind bereit, den Gedankenaustausch mit ihr fortzusetzen und jeden Ansatzpunkt für ein Mehr an Kontakt und Zusammenarbeit zu nutzen. Willy Brandt schreibt in seinem Buch „Friedenspolitik in Europa“:

„... unser demokratisches Deutschland kann und das deutsche Volk möchte ein aufrichtiger Freund der Sowjetunion sein... eine Sowjetunion, die die Lebensrechte des deutschen Volkes respektiert, hat — nicht nur, weil sie mächtig ist — das deutsche Volk nicht zu fürchten, denn das deutsche Volk braucht und will die Verständigung mit den Völkern der Sowjetunion.“

Auch für die Sowjetunion muß die Freundschaft mit Deutschland, und die freimütige, offene Freundschaft mit dem ganzen Deutschland mehr als die erzwungene mit einem Teil, eine wichtige Frage sein. Sie wird — so hoffen wir — eines Tages einsehen, und daher nutzen wir jede Möglichkeit, ihr unsere Politik zu erklären, daß Deutschland für die dauerhafte Begründung des Friedens in Europa ein guter Partner ist, mit dem zusammenzuarbeiten sich lohnt. Wir müssen daher in mühseligen und gewiß noch oft enttäuschenden Bemühungen Berührungspunkte der Interessen suchen, geduldig um Gesprächsbereitschaft werben und davon zu überzeugen versuchen, daß die Verständigung im beiderseitigen Interesse liegt und nur dann von Wert ist, wenn sie sich zwischen gleichberechtigten Partnern vollzieht, die die Interessen des anderen respektieren.

IV.

Sicherheit und Frieden in Europa versteht die Sowjetunion heute noch als Fortdauer der Spaltung, Garantie ihres Besitzstandes und Kapitulation der Bundesrepublik vor den sowjetischen Maximalforderungen. Eine Verbesserung der Beziehungen wird abhängig gemacht von der vorherigen Anerkennung des Status quo in Europa und der bestehenden, als endgültig und unwiderruflich angesehenen Grenzen. Das heißt im einzelnen:

- Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als der endgültigen Westgrenze Polens
- Ex-tunc-Nichtigkeitserklärung des Münchener Abkommens
- Anerkennung der DDR als eines zweiten souveränen deutschen Staates.

Unter dem Eindruck mangelnden Fortschritts in den Ost-West-Beziehungen, aus begreiflicher Ungeduld und dem Wunsch, daß sich endlich etwas bewegen, eine Auflockerung an die Stelle des bisher so fruchtlosen Gegeneinander treten möge, wird die Forderung immer häufiger gestellt, doch nachzugeben und endlich ein entscheidendes Entgegenkommen zu zeigen. Ohne ein — wie es heißt — „Mindestmaß“ an Bereitschaft, auf die sowjetischen Forderungen einzugehen, bleibe jedes Bemühen um Entspannung illusorisch und unser Bekenntnis zum Frieden nur ein leeres Wort ohne die notwendigen Konsequenzen. Die Politik der Bundesregierung sei eine Politik der Halbheiten, sie gehe nicht weit genug.

Auf der anderen Seite wird der Bundesregierung ebenso polemisch vorgeworfen, sie treibe eine Politik des Ausverkaufs, sie sei im Begriff, erworbene Positionen und wohl begründete Rechte aufzugeben, ja, sie verrate die nationalen Interessen des deutschen Volkes oder zumindest bestimmter Bevölkerungsteile oder Volksgruppen. Beides sind extreme Standpunkte. Häufig werden sie so lautstark und polemisch vorgetragen, ja zu bösen Verleumdungen gesteigert, daß der Eindruck entsteht, hier wird nicht so sehr nach Lösungen gesucht, sondern es geht mehr um Selbstbestätigung durch radikales Auftreten. Aber das hilft nicht weiter. Auf beiden

Seiten gibt es gute und weniger gute Argumente. Das kann helfen, den eigenen Standpunkt zu klären, wenn eine redliche Auseinandersetzung geführt wird. Darum sollte sich jeder bemühen, selbst wenn es einmal schwerfällt. Die Lage, in der wir uns befinden, ist schwer genug. Da kommt es nicht auf Streit an, sondern auf sorgfältiges Wägen der Argumente und Meinungen.

Wir müssen gemeinsam ehrlich prüfen, wo die Interessen und die Möglichkeiten der deutschen Politik liegen. Wir müssen trennen zwischen dem Notwendigen, d. h. der Wahrung begründeter Rechte, und einer Haltung, die zu Mißverständnissen und zu Mißdeutungen der aufrichtig friedlichen Absichten unserer Politik führt und unsere Glaubwürdigkeit in Frage stellt.

Wir wollen aus unserer deutschen Verantwortung für den Frieden in Europa arbeiten. Wir wollen Verständigung, Ausgleich der Interessen, Zusammenarbeit und eine sichere Ordnung des Friedens in Europa. Wir werden das nicht durch einseitiges Handeln erreichen. Es sind die Völker in unseren östlichen Nachbarländern, deren Mitwirkung wir brauchen, wenn wir unser Ziel erreichen wollen. Ohne oder gegen sie ist das nicht möglich. Ihre Zustimmung ist eine Grundlage für den innereuropäischen Ausgleich. Es wird ihn nicht geben ohne Recht und Gerechtigkeit. Er hätte sonst keinen Bestand, ja wäre gar kein Ausgleich. Recht und Gerechtigkeit zwischen Nationen — das sollten wir aus der europäischen Geschichte gelernt haben — werden nicht von Dritten gesetzt. Sie bedürfen der auf Einsicht und freier Willensbildung gegründeten Überzeugung der beteiligten und betroffenen Völker. Wir — im freien Teil Deutschlands — haben die Möglichkeit, um die Fähigkeit müssen wir uns alle bemühen, unsere Einsichten so zu formen, daß daraus ein gemeinsamer Wille wird, der geeignet ist, unsere Friedenspolitik zu tragen.

V.

Es gibt in Europa noch offene, ungelöste Grenzprobleme. Sie sind nicht von uns geschaffen worden, aber sie gehören zu den Hinterlassenschaften des von Hitler entfesselten Zwei-

ten Weltkrieges und der unglückseligen Nachkriegsentwicklung, in der ehemalige Verbündete zu Gegnern wurden. Zusammengehörendes wurde zerrissen, gemeinsam Gewachsenes künstlich gespalten. Die Konfrontation von West und Ost hat bisher eine dauerhafte Friedensregelung in Europa verhindert.

Das gewichtigste offene Grenzproblem ist das der Oder-Neiße-Linie. Der sowjetische, amerikanische und britische Regierungschef haben gemeinsam in dem Protokoll der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 unter IX b, Satz 2 festgelegt:

„Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu einer Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll.“

Nur gemeinsam kann dieser Beschluß von den drei Regierungen aufgehoben werden. Das ist bisher nicht geschehen. Die Feststellung der Rechtslage allein — so wichtig und grundlegend sie ist — reicht nicht aus, um einer friedlichen Gestaltung der Beziehungen zwischen Ost und West, zwischen Polen und Deutschland näherzukommen. Unsere Friedenspolitik fordert mehr von uns. Was allein weiterführen kann, ist das sachliche Gespräch. Darum müssen wir uns immer wieder bemühen.

Zu unseren notwendigen Einsichten gehört, daß die Friedenskonferenz, von der in Potsdam die Rede war, nicht bevorsteht. Niemand kann heute sagen, wann, ja ob sie überhaupt erreicht werden kann. Daß wir uns darum bemühen, wo immer das möglich und aussichtsreich ist, halte ich für selbstverständlich. Aber was geschieht bis dahin? Dürfen wir solange die Hände in den Schoß legen, von unserem Wunsch nach Frieden reden und abwarten? Das wäre der Verzicht auf Politik. Das wäre zudem der Verzicht auf das Bemühen, auch bei Polen, Bereitschaft und Willen zur Verständigung zu erzielen. Das wäre der Verzicht auf ein aktives Handeln für den Frieden in Europa. Und schließlich müßte eine derartige Haltung den Verzicht darauf bedeuten, aus unserem Interesse Einfluß auf die innereuropäische Entwicklung zu nehmen. Das

hieß Stillstand. Das hieß Hinnahme des Status quo. Das aber ist nicht unsere Politik.

Wir wollen arbeiten für eine Verständigung. Deshalb müssen wir in unserer Politik zeigen,

- daß es uns ernst ist mit dem bereits in der Charta der Heimatvertriebenen festgelegten Verzicht auf Rache und Vergeltung,
- daß es uns ernst ist, wenn wir sagen, daß für uns die deutsch-polnische Aussöhnung den gleichen geschichtlichen Rang hat wie die deutsch-französische,
- daß es uns ernst ist, wenn wir sagen, daß wir Verständnis haben für den Willen des polnischen Volkes, kein Staat auf Rädern zu sein, sondern endlich in gesicherten Grenzen zu leben,
- daß es uns ernst ist mit der Versicherung, nicht neues Leid auf altes zu setzen, nicht vergangenes Unrecht mit neuem Unrecht auszugleichen.

Darum läßt die Bundesregierung die polnische Regierung ein, schon vor einer endgültigen Friedensregelung über die Grenzfrage zu sprechen. Darum erklären wir uns bereit, die Oder-Neiße-Linie in einen verbindlichen, feierlichen Verzicht auf Gewalt zwischen Deutschland und Polen einzubeziehen. Dieses Angebot ist ein Vorschlag der Bundesregierung in ihrer Gesamtheit, unterstützt von allen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien.

Diese Einbeziehung der polnischen Westgrenze in einen Gewaltverzicht bedeutet aber doch die Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zu einer friedensvertraglichen Regelung, die Garantie der Unantastbarkeit gegen jede Änderung durch Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung. Wir müssen ohne Vorbehalt aus den Grundsätzen unserer Politik auch die Forderungen ziehen.

Die Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 13. Dezember 1966 hat deutlich gemacht, daß an unsere Politik Forderungen gestellt werden. Die praktische Gestaltung unserer Politik muß den Grundsätzen, die in der Regierungs-

erklärung niedergelegt sind, entsprechen. Sie dürfen nicht in Frage gestellt werden. Wir können nicht die Augen verschließen vor dem sachlichen Gehalt einer Politik, die Aussöhnung, Verständigung und Frieden zum obersten Grundsatz erklärt.

Wenn wir sagen, daß wir auf jedes Mittel der Androhung oder Anwendung von Gewalt zur Korrektur des Status quo in Europa verzichten, bedeutet dies nichts anderes, als daß eine endgültige Friedensregelung zwischen einer verantwortlichen deutschen Regierung und Polen nur mit friedlichen Mitteln, d. h. im Wege von Verhandlungen — von Verhandlungen im Geiste der Aussöhnung und Verständigung — erreicht werden kann. Ziehen wir diese Konsequenz nicht, wirft man uns zu Recht eine ungläubwürdige Politik der hohlen Worte und leeren Versicherungen vor. Das heißt auch, daß nur eine Regelung möglich ist, die den Willen des polnischen Volkes genauso berücksichtigt wie den des deutschen Volkes. Sollte es einmal in einer umfassenden Friedensregelung zu einer Änderung des gegenwärtigen Zustandes kommen, dann doch nur mit dem freien Willen des polnischen Volkes. Friedliche Streitregelung bedeutet Interessenausgleich. Es gibt keine einseitigen Lösungen.

Wir wollen eine Lösung, die von allen Beteiligten als gerecht und dauerhaft empfunden wird und damit die Voraussetzung für ein von beiden Völkern gebilligtes friedliches Verhältnis guter Nachbarschaft schaffen kann. Um die Grundlagen für diesen Ausgleich müssen wir uns heute bemühen.

Die Achtung der Lebensinteressen anderer Staaten, die Anerkennung des Rechts eines jeden Staates auf Gleichheit, Souveränität, territoriale Unversehrtheit und die strenge Befolgung des Grundsatzes der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates sind tragende Pfeiler unserer Politik. Auch das Recht auf Selbstbestimmung und das Heimatrecht gelten uneingeschränkt für jedermann. Wir werden uns mit dieser Feststellung aber auch im Hinblick auf die Tatsache sachlich auseinandersetzen müssen, daß heute in den ehemals deutschen Ostgebieten 7 Millionen Polen leben, von denen fast die Hälfte dort geboren ist. Ich

stimme dem Bundesminister für Vertriebenenfragen, Herrn von Hassel, zu, in dem, was er Ende September sagte:

„Wir wollen friedliche Verhandlungen im Rahmen einer Europäischen Friedensordnung, die Lösungen bringen, denen beide Völker und kommende Generationen zustimmen können. Nur dann wird der Friede dauerhaft sein.

Wir haben feierlich erklärt, daß Gewalt für uns kein Mittel ist, um strittige Fragen zu lösen.

Wir wollen keine Rückvertreibung der heute in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße lebenden Polen, weil jede Vertreibung Unrecht ist.“

Der Status quo kann nicht das letzte Wort der europäischen Geschichte sein. Eine Änderung ist jedoch nur möglich auf der Grundlage freier Vereinbarungen, mit Zustimmung aller und unter Wahrung der Interessen jedes Staates in Europa.

VI.

Es geht bei unserer Friedenspolitik nicht nur um Grenzfragen. Unser Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn wirft weitere Fragen auf. So steht im Verhältnis zur CSSR die Frage des Münchener Abkommens. Beide Seiten müssen an einer sauberen Klärung der damit verbundenen Probleme arbeiten. Zunächst muß allgemein festgestellt werden: Wir haben keine territorialen Forderungen gegenüber irgendjemanden.

Das hat die Bundesregierung wiederholt feierlich versichert. Das gilt auch gegenüber der CSSR. Das Münchener Abkommen ist nach Auffassung der Bundesregierung nicht mehr gültig, d. h. es ist ungültig. Alle ehemaligen Signatarstaaten haben sich von dem Abkommen losgesagt, nachdem offenkundig geworden war, daß Hitlers Politik auf die Zerstörung des tschechoslowakischen Staates gerichtet war.

Im Herbst 1938 hielten manche um des Friedens willen die Ausgliederung der deutschsprachigen Gebiete aus dem tschechoslowakischen Staatsverband für eine mögliche Lösung. Die

Tschechen mußten in dieser Regelung die Zerreißung der historischen Einheit Böhmens und eine entscheidende Schwächung der Lebensfähigkeit des tschechoslowakischen Staates sehen. Das Münchener Abkommen ist der damaligen tschechoslowakischen Regierung unter Androhung von Gewalt aufgezwungen worden — dies sagt bereits die Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 —, unter Umständen, die auch wir aus den zwischenstaatlichen Beziehungen verbannt sehen möchten. Es war daher von Anfang an ungerecht.

Zum 30. Jahrestag des Münchener Abkommens sagte der Bundesaußenminister im Deutschen Bundestag, daß uns daran liegt,

„bei dieser Gelegenheit noch einmal allem eine endgültige Absage zu erteilen, uns ganz nachdrücklich von allem abzusetzen, was mit der nazistischen Gewaltpolitik verbunden und von allem Anfang an ungerecht war.“

Die Bundesregierung verurteilt jede Unrechtspolitik — nicht, weil Deutschland den Krieg verloren hat, sondern weil die Geschichte lehrt, daß aus Unrecht kein Friede erwachsen kann.

Deshalb ist es falsch und gefährlich, so wichtige Fragen wie die des Rechtes auf Heimat und auf Selbstbestimmung mit der Auseinandersetzung um das Münchener Abkommen zu vermengen. Die völkerrechtliche Durchsetzung dieser Rechte ist eine viel zu ernste und schwierige Frage, als daß wir auch nur Bezug nehmen dürften auf etwas, das in der ganzen Welt als Unrecht angesehen wird. Es geht nicht an, daß wir uns durch derartige Argumentationen um unsere Glaubwürdigkeit bringen lassen — hinsichtlich unserer Friedenspolitik wie unseres Bemühens um Recht und Gerechtigkeit zwischen den Nationen, wozu die Anerkennung von Selbstbestimmungs- und Heimatrecht gehört.

Wir betrachten den Unterschied zwischen dem Standpunkt der Bundesregierung, die das Münchener Abkommen als ungültig betrachtet, und dem Standpunkt der tschechoslowakischen Regierung, die das Abkommen für von Anfang an nichtig hält, nicht als politisches Problem, sondern als eine Frage der

Rechtsfolgen. Die Bundesregierung ist sich ihrer Obhutspflicht gegenüber den Sudetendeutschen bewußt und nimmt sie ernst.

Eine rückwirkende Nichtigkeitserklärung setzt nach unserer Auffassung eine Einigung mit der tschechoslowakischen Regierung voraus, die nachteilige Rechtsfolgen für die betroffenen Personen ausschließt. Wir sind zu Gesprächen hierüber bereit, denn — so heißt es bereits in der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966

„der Bundesregierung liegt daran, dieses trübe Kapitel der Geschichte unserer Völker zu beenden und ein Verhältnis vertrauensvoller Nachbarschaft herzustellen.“

Es geht um einvernehmliche Lösungen der strittigen Fragen. Der starke Vershnungswille des deutschen Volkes, zu dem sich auch die Vertriebenen bekennen, muß auch politisch wirksam werden.

Dazu gehört allerdings auch die Bereitschaft der anderen Seite zum gemeinsamen Gespräch. Die polnische Regierung hat bisher alle unsere Vorschläge abgelehnt. Sie macht die Normalisierung der Beziehungen in erster Linie von der völkerrechtlichen Anerkennung des anderen Teils Deutschlands und erst in zweiter Linie von der Legalisierung ihrer Westgrenze abhängig, seitdem wir unsere Verständigungsbereitschaft nachdrücklich erklärt haben. Sie behält ihre negative und ausgesprochen aggressive Haltung bei. In einer polnischen Auerung hieß es kürzlich sogar, selbst eine Anerkennung des territorialen Status quo durch die Bundesrepublik diene lediglich dem Ziel, die Einheit des Warschauer Paktes zu sprengen und könne daher nicht anerkannt werden. Bei derartig abwegigen Standpunkten ist ein Gespräch schwer möglich. Auch unsere östlichen Nachbarn müssen bereit sein, den Frieden aktiv zu organisieren, wenn sie sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollen, Forderungen nur vorzuschieben des propagandistischen Effekts wegen, ohne ihre Erfüllung zu wollen. Die Unterdrückung und Knebelung der CSSR wird es schwierig machen, in absehbarer Zeit zu einer Klärung der Sachfragen und zu einer Auslöschung des Streitgegenstandes zu kommen.

So schwierig es ist, sachliche Antworten auf unsere Bereitschaft zur friedlichen Bewältigung der Probleme zu erhalten — es gibt keine andere Politik, mit der wir unseren Willen zum Frieden in Europa in die Tat umsetzen können.

VII.

Entspannung und ein dauerhafter Friede in Europa sind nicht möglich, wenn nicht auch die deutsche Frage eine Lösung findet. Sie ist nur möglich im Einverständnis mit allen Nachbarn Deutschlands. Unsere Deutschlandpolitik muß deshalb in Einklang mit unserer gesamten, besonders aber der Ostpolitik stehen.

In Deutschland gibt es Realitäten, von denen wir auszugehen haben:

1. den Fortbestand der Einheit der deutschen Nation, die auch von der Verfassung der DDR ausdrücklich anerkannt wird;
2. den Willen des ganzen deutschen Volkes, den Weg zur Überwindung seiner Spaltung offenzuhalten, und
3. das Grundrecht der Deutschen, auch im anderen Teil Deutschlands über ihre zukünftige Lebensform und ihr Verhältnis zueinander frei zu entscheiden.

Wir können die Deutschen nicht von dem Grundsatz der Selbstbestimmung ausnehmen, ohne die Grundlagen unserer Politik zu erschüttern. Unser Verhalten muß darauf gerichtet sein, den Menschen in Deutschland soviel Möglichkeiten zur freien Bestimmung ihres Verhältnisses zueinander zu eröffnen, wie wir ohne Verkrampfung durch Entspannung auch in Deutschland erreichen können. Dazu verstecken wir uns nicht hinter juristischen Formeln, sondern tun, was den Menschen helfen kann. Unser Angebot an die Regierung im anderen Teil Deutschlands zu Gesprächen bleibt, auch wenn die gegenwärtige politische Lage nach der völkerrechtswidrigen Beteiligung der DDR an der Invasion in der CSSR dazu nur wenig Ansatzpunkte bietet. Ebenso bleiben unsere Vorschläge vom vergangenen Jahr für eine Verbesserung der Beziehungen auf kulturellem, humanitärem, wirtschaftlichem, verkehrstechni-

schem und wissenschaftlichem Gebiet auf dem Tisch. Der andere Teil Deutschlands bleibt auch in unsere Friedenspolitik einbezogen. Wir sind bereit — unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit und ohne Vorbedingungen — den Gewaltverzicht ausdrücklich auch auf die DDR und die innerdeutschen Grenzen zu erstrecken und das Prinzip der Nichteinmischung zu achten. Jeder Versuch, die DDR zu isolieren, auszuklamern oder zu umgehen, steht unserem Ziel des friedlichen Ausgleichs in ganz Europa entgegen.

Wir arbeiten daraufhin, daß im Rahmen einer europäischen Friedensordnung — in einem friedlichen Miteinander von Ost und West, auf Grund neuer Interessenlagen und neuer Möglichkeiten — auch die deutsche Frage ihre Lösung findet. Bis dahin muß die Möglichkeit offenbleiben, daß sich das deutsche Volk, wenn es das dann noch will und wenn die Interessen Europas es zulassen, zusammenschließen kann, eingebettet in eine politische Gemeinschaft freier und gleicher Völker. Bis dahin haben wir alles zu vermeiden, was die deutsche Spaltung vertieft. Den Zusammenhalt der deutschen Nation zu bewahren, ist Aufgabe der Politik der Bundesregierung.

VIII.

Moskau und Ostberlin sind die Hauptadressaten unserer Politik. Das darf uns nicht davon abbringen, unsere Beziehungen zu den anderen Staaten des Warschauer Paktes zu pflegen und zu verbessern. Wir anerkennen und respektieren die Unabhängigkeit und Souveränität jedes Staates im kommunistischen Lager. Niemand kann uns daran hindern, dort, wo Bereitschaft dazu besteht, die Zusammenarbeit zu verbessern. Der politische und kulturelle Dialog mit unseren östlichen Nachbarn ist erschwert. Die Achtung vor den Opfern der Invasion und die Solidarität mit unseren westlichen Verbündeten gebietet Zurückhaltung gegenüber den Invasionsmächten. Allen Mitgliedern des Warschauer Paktes sind bei der Gestaltung ihrer Außenbeziehungen straffe Zügel angelegt. Rasche Fortschritte werden sich nicht erzielen lassen.

Wir bleiben zurückhaltend und abwartend. Wir drängen niemanden. Wir werden jedoch weiterhin nach Mitteln und

Wegen suchen, um bei unseren Nachbarn unsere politischen Zielsetzungen deutlich zu machen, um sachliche Gespräche anzubahnen und um schließlich den gemeinsamen Interessen zum Durchbruch zu verhelfen. Die während der vergangenen Jahre geknüpften Beziehungen dürfen nicht abreißen. Die Vorteile eines besseren Verhältnisses zum Westen sind von den meisten Staaten Osteuropas erkannt worden. Wir werden die Handelsbeziehungen fortsetzen und uns weiterhin um Möglichkeiten der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technologischen Kooperation bemühen. Das gilt für die Sowjetunion wie für ihre Verbündeten. Die menschlichen Kontakte dürfen nicht abreißen. Wirtschaftsaustausch, Kulturaustausch und Begegnungen wirken dem Auseinanderleben und der Verfestigung der Spaltung entgegen, sie schaffen eine Gemeinsamkeit der Interessen, Bedürfnisse und Forderungen. Sie sind Teil einer auf lange Sicht angelegten Friedenspolitik, die sich täglich und in jedem Bereich der Politik bewähren muß.

Stetigkeit, Aufrichtigkeit, Klarheit und Überzeugungskraft sind die Voraussetzungen für eine langfristig erfolgreiche Politik. Wir haben in ganz Europa eine gemeinsame Verantwortung für die Probleme der Welt. Wir müssen uns deshalb von den Positionen des Blockdenkens und der feindseligen Konfrontation lösen. Die Kategorien von gestern, die — wider alle Vernunft — weithin noch die von heute sind, verhindern die Lösung der brennenden Weltprobleme: den Kampf gegen Analphabetentum, gegen Hunger, Krankheit und soziale Ungleichheit, die Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des wirtschaftlichen Wachstums in allen Ländern der Erde. Die Opfer unseres politischen Unvermögens, Europa zu einen und den Ost-West-Gegensatz zu überwinden, sind die Menschen, die Hungers sterben, die Menschen, denen Wissen verwehrt wird, die Völker, denen der Weg in eine bessere, sichere Zukunft versagt ist. Nur in gemeinsamer Anstrengung können wir die vor uns liegenden Probleme lösen. Wir stehen vor schweren Anforderungen. Sie drohen unsere Kräfte zu übersteigen, wenn wir sie immer noch in unfruchtbarem Gegeneinander verzetteln.

Der Deutsche Bundestag hat Ende September in einer von allen Parteien gebilligten Entschließung festgestellt:

„Nur in enger Zusammenarbeit aller Völker Europas wird unser Kontinent eine Ordnung des Friedens schaffen und seinen politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Einfluß in die Welt wahren und stärken können. Dann erst kann Europa den Beitrag zur Lösung der großen Probleme dieser Welt leisten, der von unserem Kontinent erwartet wird.“